

Gerhard Hauck, Reinhart Köbler,
Daniel Kunitz & Ingrid Wehr

Neopatrimonialismus? Von Sinn und Unsinn eines Diskurses*

Keywords: patrimonialism, neopatrimonialism, ideal types, hybridity, development, eurocentrism, clientelism, weak states, patrimonial capitalism, modernity and tradition, modernisation theory

Schlagwörter: Patrimonialismus, Neopatrimonialismus, Idealtypen, Hybridität, Entwicklung, Eurozentrismus, Klientelismus, schwache Staaten, patrimonialer Kapitalismus, Moderne und Tradition, Modernisierungstheorie

Schüler: Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein.

*Mephistopheles: Schon gut! Nur muß man sich nicht allzu ängstlich quälen
Denn eben wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.
Mit Worten läßt sich trefflich streiten,
Mit Worten ein System bereiten,
An Worte läßt sich trefflich glauben,
Von einem Wort läßt sich kein Jota rauben*

Goethe, Faust I

Immer wieder neu präsentieren sich die Zauberwörter der (westlichen) Entwicklungstheorie: Moderne und Tradition. Modern ist demnach die eigene, westliche Gesellschaft, die die traditionellen Eigenschaften der *anderen* Gesellschaft nicht oder nicht mehr aufweise, nämlich der „orientalischen“, „afrikanischen“, „unterentwickelten“ oder „südlichen“ Gesellschaft (mitunter gar zur „Gemeinschaft“ naturalisiert). Immer wieder stilisieren TheoretikerInnen und PraktikerInnen das Begriffspaar „Moderne“ und „Tradition“ zur Dichotomie: Leben, Institutionen, Praxen, Beziehungen sind demnach entweder modern oder traditionell. Dass sie in der Regel als Beides beschrieben werden können, in allen Erdteilen, ist mannigfach gezeigt worden (vgl. z.B. Boatcă & Spohn 2010; Hobsbawm & Ranger 1983;

* Wir danken Matthias Ebenau, Christian May, Tilman Schiel, Hanns Wienold und zwei anonymen GutachterInnen für kritische Hinweise

Schwinn 2006), wird aber von vielen nicht zur Kenntnis genommen. Als Gegensatzpaar scheint „modern-traditionell“ zu einer stillen Voraussetzung des Alltagsverständes geworden zu sein.

Die genannten Zauberwörter fixieren die vielfältigen Ursachen gesellschaftlicher Probleme in binnennationalen Strukturen, blenden übergreifende Zusammenhänge aus und reproduzieren eurozentrische Sichtweisen. Dem nicht-europäischen *Anderen* werden zum Beispiel Despotismus, Staatsversagen, Überbevölkerung, Stammeskonflikt, Naturverbundenheit, Patriarchat, Religiosität, Homophobie oder Piraterie nachgesagt. Das ist nicht deshalb problematisch, weil es grundsätzlich empirisch falsch wäre – so gibt es in Uganda Homophobie, in China Patriarchat oder in Guatemala ethnische Konflikte. Aber all dies gibt es auch in Berlin oder New York. Überbevölkerung ist immer ein lokales Phänomen und kann genauso wenig wie Naturliebe, Diktatur oder ineffiziente staatliche Institutionen zur Erklärung von umfassenden sozialen oder politischen Formationen herangezogen werden – schon gar nicht unter Ausblendung der ökonomischen Verhältnisse. Das Problematische und Eurozentrische an dem Diskurs ist: Er misst mit zweierlei Maß: Mal ist der (US-amerikanische) Bürgerkrieg Nationen bildend, mal ist er (in Syrien) Rückfall in Barbarei.

Seit einiger Zeit wird der Dualismus „Moderne – Tradition“ als „Rationale Herrschaft“ versus „(Neo-)Patrimonialismus“ aufgelegt. Als (neo-)patrimonial erscheint dabei immer die *andere*, die „nicht moderne“ Gesellschaft im globalen Süden. Mit dem Label des „(Neo-)Patrimonialismus“ werden Phänomene klientelistischer, korrupter und stark personalisierter Herrschaftsbeziehungen als grundlegend *anders* markiert. Ein bestenfalls im jeweiligen Kontext zu erklärendes Phänomen wird im Zirkelschluss zur Ursache für vielfältige Phänomene und Strukturen, die kapitalistische Entwicklung wahlweise behindern oder kategorial anders ausformen.

Während (Neo-)Patrimonialismus weithin als Bremse einer vorab als kapitalistisch definierten Entwicklung gesehen wird, ist neuerdings auch von einem „patrimonialen Kapitalismus“ die Rede (Becker 2012; Robinson 2011). Insoweit wird die Unterstellung, (neo-)patrimoniale Verhältnisse stünden immer und überall kapitalistischer Entwicklung entgegen, deutlich relativiert und damit zugleich die Vielfalt der Formen akzentuiert, unter denen kapitalistisches Erwerbsstreben erfolgen und auch erfolgreich sein kann. Freilich steht dahin, ob in jedem Falle „Kapitalismus“ im Sinne einer die Produktionsverhältnisse organisierenden hegemonialen Struktur (vgl. Kößler 2013) gemeint ist.

Immer wieder verleitet „(Neo-)Patrimonialismus“ dazu, Schein-Erklärungen für Strukturen in Staaten des globalen Südens zu produzieren. Für

Oliver Schlumberger (2008: 625) etwa gilt „unbestritten, dass die Systeme politischer Herrschaft in der breiten Mehrheit der arabischen Staaten in hohem Maße patrimonial sind“ – ebenso wie die einer Reihe anderer Nicht-OECD-Länder (ebd.: 622) – und dass dies für das Scheitern der meisten ökonomischen und politischen Reformvorhaben verantwortlich ist. Rainer Tetzlaff schreibt (2003: 483): „Im postkolonialen Afrika triumphtierte während der ersten drei Jahrzehnte die vertraute Idee vom *neopatrimonialen Paramount-Chief* (*Oberhäuptling*), der jetzt Staatspräsident hieß“ und erklärt daraus „entwicklungspolitisch bedenkliche, wenn nicht schädliche Regierungspraktiken“ (ebd.: 485). Wie nahezu alle einschlägigen AutorInnen¹ definiert Tetzlaff „Patrimonialismus“ als „Hybridform von Herrschaft, die moderne staatliche Mittel und Ressourcen einsetzt, um vormoderne, traditionsgebundene Herrschaftsmethoden zu stabilisieren“ (ebd.: 484). Was aber macht das „Patrimoniale“ oder „Vormoderne“ aus? Unterstellt wird, dass der Herrscher den gesamten Staat lenkt und leitet wie einen „Hausverband“. Er verfügt über sämtliche Einnahmen und Ressourcen des Verbandes in freier Willkür. Seinen Untertanen teilt er diese alleine nach persönlichem Gutdünken zu und sanktioniert so Loyalität wie auch Illoyalität. Daraus resultieren Partikularismus, Unsicherheit, Klientelismus, Patronage, Korruption und *rent-seeking* (Erdmann & Engel 2006: 19f, 28). Zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich wird nicht unterschieden (ebd.: 18). Macht ist Instrument persönlicher Bereicherung, Reichtum Mittel zur Sicherung der Macht (Erdmann 2001: 296). Formen demokratischer Kontrolle des Herrschers durch die Beherrschten gibt es nicht. „Modern“ ist dagegen der Zugriff des Herrschers auf die rationale Organisationsform der Bürokratie. Deshalb müsse er zumindest pro forma (wenngleich selten in der Praxis) formalen Regeln und der Unterscheidung zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen Rechnung tragen (Erdmann & Engel 2006: 18). Problematisch am „(Neo-)Patrimonialismus“ erscheint dann, dass „das patrimoniale das rational-legale System durchdringt und dessen Logik, Funktionen und Effekte auf den Kopf stellt“ (ebd.). Entscheidend für die Zukunft werde sein, welche Struktur schließlich die Hegemonie im Staat erlangen wird, „die informelle personenzentrierte des Neopatrimonialismus oder die des rationalen bürokratischen Staates“ (Tetzlaff 2003: 484) – die „traditionelle“ oder die „moderne“.

Unverkennbar beziehen sich diese Aussagen auf Max Webers drei Typen legitimer Herrschaft und insbesondere auf sein Patrimonialismus-Konzept. Von den VertreterInnen des (Neo-)Patrimonialismus-Konzeptes setzt sich

1 z.B. Erdmann 2001; Erdmann & Engel 2007; Médard 1990; Triulzi & Ercolessi 2004b; Chabal & Daloz 2004.

jedoch kaum jemand ernsthaft mit Webers differenzierten Überlegungen auseinander. Dies soll im Folgenden nachgeholt werden, indem wir erstens Webers Begrifflichkeit referieren und kontextualisieren und zweitens die methodologischen Engführungen der Weberrezeption kritisieren. Auf dieser Grundlage setzen wir uns drittens mit dem eurozentrischen Charakter des Ansatzes vor allem in der Diskussion um einen afrikanischen (Neo-) Patrimonialismus auseinander und kontrastieren dies mit einem Exkurs zur lateinamerikanischen Staatsdebatte. Wir referieren viertens Weiterentwicklungen des Konzeptes, die seine Vorannahmen empirisch auf den Prüfstand stellen, und dann fünftens insbesondere auf Überlegungen zum „patrimonialen Kapitalismus“ ein (s. dazu auch Karadag 2013). Abschließend begründen wir in drei Thesen, warum in unseren Augen das (Neo-) Patrimonialismus-Konzept nicht als analytischer Rahmen taugt.

Patrimonialismus bei Max Weber

Als Form *legitimer* Herrschaft beruht patrimoniale Herrschaft für Max Weber auf einem Legitimitätsglauben der Herrschaftsunterworfenen, nicht bloß auf Gewalt und Willkür. Weber fragt also nicht, wie (meist männliche) Herrscher ihre Untertanen (aller Geschlechter) unterdrücken (können), sondern ganz im Gegenteil, was Beherrschung legitim macht, sodass die Beherrschten an der Beherrschung „teilhaben, sie sogar feiern“ (Pitcher u.a. 2009: 126). Dies ist eine gewichtige Frage, denn: „Geht der Glaube an legitime Herrschaft verloren, so bleibt nichts als die rohe Macht der Gewalt“ (ebd.: 150). Patrimoniale Herrschaft ist bei Weber eine Unterform des Typus der *traditionalen* Herrschaft, in der „der *Person* des durch Tradition berufenen und an die Tradition (in deren Bereich) gebundenen *Herrn* kraft Pietät im Umkreis des Gewohnten gehorcht“ wird (Weber 1985: 124). Welche Befehle der Herr legitimer Weise geben kann, ist in weiten Bereichen durch die „eindeutig den *Inhalt* der Anordnungen bestimmende Tradition“ festgelegt. Daneben stehen allerdings auch andere Bereiche, in denen eben diese Tradition der „freien Willkür des Herrn“ ihren „Spielraum zuweist“ (ebd.: 130). Völlig frei ist er aber auch hier nicht. „Die tatsächliche Art der Herrschaftsausübung richtet sich darnach: was *üblicherweise* der Herr (und sein Verwaltungsstab) sich gegenüber der traditionellen Fügsamkeit der Untertanen gestatten dürfen, ohne sie zum Widerstand zu reizen“ (ebd.: 130f). Prinzipiell ausgeschlossen ist in der traditionellen Herrschaft die absichtsvolle und explizite Schaffung neuen Rechts, denn das Recht gilt wie alle Tradition nicht als wissentlich geschaffen, sondern als vorgegeben und objektiv existent. Wo es faktisch

dennoch verändert wird, geschieht dies stets mit dem Anspruch bloßer Interpretation des von jeher Geltenden.

Von der einfachsten Form der traditionellen Herrschaft, dem Patriarchalismus, der auf (groß-)familiale Hausverbände beschränkt bleibt, unterscheidet sich die patrimoniale Herrschaft dadurch, dass sie sich auf umfangreichere politische Einheiten bezieht und deshalb eines Verwaltungsstabs bedarf, um ihre Forderungen durchsetzen zu können.² Dies verändert die Herrschaftsbeziehungen jedoch „nur dem Grade und Inhalt, nicht der Struktur nach“ (ebd.: 585). Der Herr organisiert seine Herrschaft in patrimonialstaatlichen Gebilden „prinzipiell ebenso ... wie die Ausübung seiner Hausgewalt“ (ebd.). Er hat also zum einen nach wie vor Anspruch auf sämtliche Einnahmen und Ressourcen des Verbandes und verfügt darüber in prinzipiell freier Willkür. Zum anderen bleibt das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Herren und Unterworfenen ein „Pietäts- und Treueverhältnis“ mit einem „Anspruch der Gewaltunterworfenen auf Gegenseitigkeit“ (ebd.: 583). Eine „Beschränkung der Ausbeutung“ ist auch „dem Herrn positiv nützlich, weil nicht nur die Sicherheit seiner Herrschaft, sondern auch deren Erträge stark von der Gesinnung und Stimmung der Untertanen abhängen“ (ebd.). „So hat sich fast überall eine dem Recht nach labile, faktisch aber sehr stabile Ordnung gebildet, welche den Bereich der freien Willkür und Gnade des Herrn zugunsten des Bezirks der Bindungen durch die Tradition zurückschiebt“ (ebd.: 584).

Die Spezifika des Verwaltungsstabs unter traditionaler (und demzufolge auch unter patrimonialer) Herrschaft bestimmt Weber durch Absetzung von deren Gegentypus, der „legalen Herrschaft mit bürokratischem Verwaltungsstab“ (ebd.: 124). Legale Herrschaft bezieht ihre Legitimität aus ihrer Einsetzung nach einem Satz formaler Regeln. Dabei kann „beliebiges Recht durch formal korrekt gewillkürte Satzung geschaffen und abgeändert werden“ (Weber 1956: 151). Gehorsam ist nicht der Person des Herrschers, sondern allein dem Amt geschuldet. Dies gilt nicht nur auf der obersten Stufe, auch die Mitglieder des typischerweise aus bürokratischen Beamten bestehenden Verwaltungsstabes üben Herrschaft nur kraft Amtes aus. Dabei sind ihre Herrschaftsrechte strikt auf genau umgrenzte Zuständigkeitsbereiche („Kompetenzen“) beschränkt und nach einer formalen Hierarchie von Ämtern mit Unterordnung der unteren unter die oberen abgestuft. Für die Rekrutierung in die einzelnen Ämter ist Fachgeschultheit (als Norm) entscheidend. Weiter sind die Amtsregeln „formalisiert“; sie lassen keinen

2 Auf Unterschiede gegenüber komplexeren Formen der traditionellen Herrschaft, etwa dem Feudalismus, braucht hier nicht eingegangen werden, da sie in der Neopatrimonialismus-Diskussion keine Rolle spielen.

Raum für persönliche Motive, und Entscheidungen erfolgen strikt „ohne Ansehen der Person“. All dies „fehlt“ bei patrimonialer Herrschaft. Sowohl die Rekrutierung des Verwaltungsstabs als auch die Festlegung der Rangordnung, die Zuteilung und die Abgrenzung von Zuständigkeitsbereichen sowie schließlich auch die Ausübung der Herrschaftsgewalt gegenüber den Herrschaftsunterworfenen erfolgen hier bewusst nicht „ohne“, sondern „mit Ansehen der Person“. Entscheidend sind nicht *formale* Prinzipien, sondern solche der „*materialen* ethischen Billigkeit, Gerechtigkeit oder der utilitaristischen Zweckmäßigkeit“ (Weber 1985: 130).

Aus alledem folgt für Weber, dass der Patrimonialismus kapitalistischer Entwicklung „Hemmungen“ in den Weg stellt, vor allem weil er sich mit „*formal* rationalen“ und deshalb „*kalkulierbaren* Satzungen“ (ebd.: 139) schlecht verträgt und weil in ihm neben dem durch Tradition eindeutig normierten Bereich immer auch einer der freien Willkür des Herrschers gegeben ist, was ebenfalls die für den kapitalistischen Unternehmer so wichtige Kalkulierbarkeit des staatlichen Handelns einschränkt (vgl. ebd.).

Als Zeuge für die These, dass patrimoniale Strukturen kapitalistische Entwicklung erschweren, lässt sich Weber also durchaus anführen. In Rechnung stellen muss man dabei allerdings auch die idealtypologische Struktur der Weber'schen Argumentation. Keiner seiner Idealtypen legitimer Herrschaft pflegt „historisch wirklich ‘rein’ vorzukommen“ (ebd.: 124), weshalb auch keiner mit der Realität bestimmter Gesellschaften in eins gesetzt werden darf. Der zugrunde liegende Legitimitätsglaube ist „selten ganz eindeutig. Er ist bei der ‘legalen’ Herrschaft *nie* rein legal. Sondern der Legalitätsglaube ist ‘eingelebt’, also selbst traditionsbedingt: – Sprengung der Tradition vermag ihn zu vernichten“ (ebd.: 154). Ferner hat bürokratische Herrschaft „an der *Spitze* unvermeidlich ein mindestens nicht *rein* bürokratisches Element“ (ebd.: 127) – StaatspräsidentInnen und MinisterInnen werden eben nicht primär nach Fachqualifikation ausgewählt. Schließlich wird auch im patrimonialen Staat, sobald der Verwaltungsstab nicht mehr alleine aus dem Hausverband des Herrschers rekrutiert werden kann, „eine Kategorie von Beamten geschaffen, die sich von legalen Bürokratien nur durch die *letzten* Grundlagen ihrer Geltung, nicht aber formal, unterscheiden“ (ebd.: 154).

Methodologische Irrtümer der (Neo-)Patrimonialismus-Debatte

Die Annahme ist berechtigt, dass in jeder Gesellschaft Elemente eines jeden Herrschaftstypus anzutreffen sind, wodurch die Unterstellung, es gebe einerseits rationale, d.h. entwicklungsfördernde, andererseits hybride,

d.h. entwicklungshemmende Staaten wenig Sinn macht. Hybrid sind sie alle, und ob die Kalkulierbarkeit des staatlichen Handelns in einer stärker patrimonial geprägten Gesellschaft tatsächlich geringer ist als in einer eher legal-bürokratischen, hängt nicht nur von den ausformulierten Normen ab, sondern unter anderem auch davon, wie entwickelt (in der ersteren) die Pietäts-, Treue- und Gegenseitigkeitsverpflichtungen in dem der willkürlichen Entscheidung des Herrschers überlassenen Bereich sind, sowie (in beiden Fällen) davon, wie stark sich Herrscher und Verwaltungsstab an die – im einen Fall durch Tradition, im anderen durch Satzung – geheiligten Regeln gebunden fühlen.³

Die hier kritisierten Arbeiten beruhen daher auf einem dreifachen fundamentalen methodologischen Missverständnis der Weber'schen Kategorien: *Erstens* betont Weber, Idealtypen, wie die drei Typen legitimer Herrschaft, seien begrifflich von der empirischen Wirklichkeit abgehoben. Es handele sich um ein „Gedankenbild“, das „bestimmte Beziehungen und Vorgänge des historischen⁴ Lebens zu einem in sich widerspruchsfreien Kosmos *gedachter* Zusammenhänge“ vereinige. Das gilt ausdrücklich etwa für den „Gütermarkt bei tauschwirtschaftlicher Gesellschaftsorganisation, freier Konkurrenz und streng rationalem Handeln“ (1982: 190), also Marktrationalität, wie sie etwa vorgeblich in den OECD-Ländern herrscht (s.u.). Der Idealtyp soll helfen, „daß [...] wir uns die *Eigenart* dieses Zusammenhangs ... pragmatisch *veranschaulichen* und verständlich machen können“ (ebd.). Es geht also darum, funktionale Wechselbeziehungen zu erfassen und zu konstruieren. Dafür bedarf es ausdrücklich einer „Utopie, und für die *historische* Arbeit erwächst die Aufgabe, in jedem *einzelnen Falle* festzustellen, wie nahe oder fern die Wirklichkeit jenem Idealbilde steht“ (ebd.: 191). Dies schließt *zweitens* eine normative Setzung aus, denn „der Gedanke des Sein *sollenden*, ‘Vorbildlichen’ (ist) von diesen in rein *logischem* Sinn ‘idealen’ Gedankengebilden ... sorgsam fernzuhalten“ (ebd.: 194). Schließlich solle der „idealtypische Begriff“ *drittens* „das Zurechnungsurteil schulen“; er sei jedoch „keine ‘Hypothese’“, vielmehr wolle er „der Hypothesenbildung die Richtung weisen“ (ebd.: 190). Es ist schwer vorstellbar, dass man – wenigstens unter Berufung auf Weber – vom Idealtyp als einer „Theorie“ sprechen kann,⁵ wenn

3 Thomas Ertmans Buch *Birth of the Leviathan* (1997) zeichnet die vielfältigen Wege europäischer Nationalstaatsbildung (d.h. die Realtypen) nach und zeigt auf, dass die Herausbildung kapitalistischer Produktions- und Gesellschaftsformen sowohl unter stärker patrimonialen als auch stärker bürokratischen Herrschaftsformen stattfand.

4 „Historisch“ bezieht sich hier und im Folgenden auf die vielfältigen empirischen Erscheinungen.

5 Wie über 200.000 Treffer bei einer Google-Suche zeigen, ist die Annahme, hier handele es sich um eine Theorie, weit verbreitet.

Weber selbst dem Idealtyp nicht einmal den Status einer Hypothese zuweist. Schließlich ist die Warnung zu beherzigen, die Weber mit dem – für ihn und uns entscheidenden – Übergang zu empirischen Aussagen verbindet, nämlich vor einer, „naturalistischen Vorurteilen entstammende(n), *Vermischung* von Theorie und Geschichte“, einmal durch die Unterstellung, „in jenen ... Begriffsbildern den ‘eigentlichen’ Gehalt, das ‘Wesen’ der geschichtlichen Wirklichkeit fixiert zu haben“, sowie weiter dadurch, „daß man sie als ein Prokrustesbett benutzt, in welches die Geschichte hineingezwängt werden soll“ (ebd.: 195).

Webers Warnung vor der Vermischung analytischer und begrifflicher Ebenen trifft unmittelbar das in der (Neo-)Patrimonialismus-Diskussion vorherrschende Verfahren:

„Das Problem, das diese Gelehrten zu erklären suchen – warum es in afrikanischen Nationalstaaten keine ‘Brandmauer’ zwischen dem Persönlichen und dem Politischen gibt — ergab sich aus einer normativen Überzeugung, dass es eine solche Brandmauer geben müsse, sowie aus der pauschalen empirischen Annahme, solche Grenzen seien in aller Regel in intakter und legitimer Form in vielen oder den meisten der anderen Staaten anzutreffen. [...] Im Ergebnis haben diese Gelehrten afrikanische Gesellschaften nach Maßstäben beurteilt, die nirgends sonst verwirklicht worden sind“ (Pitcher u.a. 2009: 138).

Die angesichts seiner emphatischen Betonung der Werturteilsfreiheit erstaunliche Fehlinterpretation Webers als eines normativen Theoretikers findet sich auch bei KritikerInnen der (Neo-)Patrimonialismus-Debatte. So attestiert Zubairu Wai (2012: 35f) Weber rassistische und imperialistische Ideologie und unterstellt ihm die Absicht, den westlichen rationalen Staat dem Rest der Welt überzustülpen. Das trifft Teilaspekte von Webers Werk und politischen Ansichten,⁶ geht aber am methodologischen Kern vorbei.

Wenn also Gero Erdmann (2001) das Fortleben patrimonialer Strukturen in vielen afrikanischen Staaten verantwortlich macht für mangelnde Rationalität („der rationale Staat existierte nur ... in der hauptstädtischen Zentralverwaltung der Kolonien“; ebd.: 296), ferner für fundamentale Unsicherheit oder gar für „häufige Menschenrechtsverletzungen“ und Diktatur (ebd.: 294), so beruft er sich zu Unrecht auf Webers Überlegungen zur „patrimonialen“ wie zur „legalen Herrschaft mit bürokratischem Verwaltungsstab“. Bezüglich der „Unsicherheit“ (s.o.) ist daran zu erinnern, dass von ihr allenfalls im Reich des „material traditionsfreien Herrenhandelns“ die Rede sein kann, nicht aber in dem weiten Bereich des „material traditionsgebundenen Herrenhandelns“ (Weber 1985: 130); und auch im ersteren sind der Willkür durch die erwähnten Pietäts-, Treue- und Gegenseitigkeitsbeziehungen enge

6 Es gibt hierzu auch einflussreiche Sekundärliteratur; vgl. bes. Mommsen 1959.

Grenzen gesetzt. Was die „Rationalität“ angeht, so spricht Weber der „legalen Herrschaft mit bürokratischem Verwaltungsstab“ zwar ein besonderes Maß an „Rationalität“ zu, betont aber zugleich, es gehe um „formal-technisch(e)“ (ebd.: 130) Rationalität, d.h. um Effizienz. Über die materiale Seite, die Inhalte der Herrschaftsausübung, ist damit erst einmal gar nichts gesagt – auch Ausbeutung oder Terror können formal-technisch rationalisiert werden. Zudem kann unter Rationalisierung „höchst Verschiedenes verstanden werden“ (Weber 1920: 11) – Techniken der Lustmaximierung ebenso wie solche der Askese, der Kontemplation, der Produktion, der Wirtschaft, der Technik, des Krieges, der Erziehung usw. Über den als „rational“ oder wie auch immer sonst bestimmten Wert der jeweils geltenden „letzten Gesichtspunkte“ wird mit der Kategorie der legal-bürokratischen Herrschaft keinerlei Aussage gemacht – sie wird alleine dadurch bestimmt, dass die Herrscher gemäß formal korrekt gesetzten Ordnungen eingesetzt werden und regieren. Die uneingeschränkt und a priori positive Wertschätzung des „rationalen bürokratischen Staates“ (Tetzlaff 2003: 484) rein um seiner Rationalität willen ist von daher ebenso wenig zu begründen wie die Ablehnung des Patrimonialismus aus dem Grund, dass er eine – technisch – weniger rationale Form der Herrschaftsausübung darstelle. Wenn die Herrschaftsziele inhumane sind, kann geringere Effizienz der Herrschaftsausübung ein Segen sein, und viele, die im aufgeklärt absolutistischen Preußen unter einer weithin als vorbildlich „rational“ geltenden Bürokratie lebten, empfanden diesen Zustand als drückenden Despotismus (vgl. Jacoby 1969: 59). Die Konsequenzen durchaus rationaler bürokratischer Herrschaft können etwa im Fall des von Zygmunt Bauman (2005) so apostrophierten „Gartenstaates“, in dem das für gut Befundene gepflegt, das „Unkraut“ ausgerodet wird, in den Exterminismus des Nazi-Terrors einmünden. In abgemilderter Form finden sich ähnliche Verhältnisse überall dort und auch in postkolonialen Staaten, wo staatliche Erfordernisse gegen Menschenrechte ausgespielt werden (vgl. Schiel 1999).

Methodologisch verstoßen gerade Aussagen über bzw. Forderungen an eine „reine“ Rationalität eines empirisch vorfindlichen Staatsapparats gegen Webers Konzept des Idealtyps. Er war sich sehr wohl darüber im klaren, dass eine etwa für einen idealen Markt funktional erforderliche reine Zweckrationalität im Sinne eines unpersönlichen, kalkulierbaren Funktionierens schon aufgrund der in politische Apparate eingelassenen persönlichen Beziehungen (vgl. 1980: 531-548) füglich nicht zu erwarten ist. Die umstandslose Projektion eines Weber'schen Idealtyps auf empirische Verhältnisse, wie dies im (Neo-)Patrimonialismus-Diskurs praktiziert wird, läuft auf das Abheben von der begrifflichen Utopie nach Wolkenkuckucksheim hinaus.

(Neo-)Patrimonialismus und Eurozentrismus

Das im (Neo-)Patrimonialismus-Ansatz von den (meisten) außereuropäischen Gesellschaften entworfene Bild ist durch und durch eurozentrisch. In klassisch eurozentrischer Manier der Modernisierungstheorie erscheint „die traditionelle Gesellschaft“ als negatives Gegenbild zur nicht idealtypisch erschlossenen, sondern idealisierten eigenen. Daraus werden alle wahrgenommenen Defizite von „Nicht-OECD-Ländern“ erklärt. „Hybrid“ sind die mutmaßlich neopatrimonialen Gesellschaften insofern, als die idealtypischen positiven Merkmale der „Moderne“ in ihnen nicht voll verwirklicht, sondern durch „traditionelle“ Restbestände verunreinigt sind. Dabei überleben „selbst in den am höchsten industrialisierten Gesellschaften signifikante Elemente des Patrimonialismus bis heute ..., ohne dass sie ernstlich die demokratischen Prozesse oder die wirtschaftliche Entwicklung unterminierten“ (Pitcher u.a. 2009: 127). In der Diskussion zu Afrika⁷ machen Anne Pitcher, Mary Moran und Michael Johnston vier Verwendungsweisen des Patrimonialismus-Konzeptes aus: 1) Patrimonialismus als Beschreibung sozialer Beziehungen in Afrika, z.B. von Kriegsherren und Kindersoldaten, 2) Patrimonialismus als Beschreibung von Verhaltensweisen und Formen von Autorität bestimmter nationaler Anführer nach der Unabhängigkeit, 3) Patrimonialismus als Folge angeblichen Fehlens von Entwicklung, die Beamten keine andere Wahl lasse, als zwangsläufig zu patrimonialen Bürokraten zu werden, sowie – deutlich weiter verbreitet – 4) Patrimonialismus als Ursache fehlender Entwicklung (vgl. ebd.: 131ff). Es ist das alte Lied: *Die traditionelle Gesellschaft wird als Einheit der modernen, idealistisch verklärten eigenen, gegenübergestellt; und alle „bad things“, alle „Entwicklungshemmnisse“, werden der ersteren zugeschrieben und intern lokalisiert.* Dabei ist die „Idee vom patrimonialen Paramount-Chief (Oberhäuptling)“, von der Tetzlaff redet, keineswegs allen vorkolonialen Gesellschaften Afrikas „vertraut“. Selbst soweit sie staatlich verfasst waren, passt allenfalls Dahomey in dieses Raster (vgl. Polanyi 1979). Häufig, wie im Ashanti-Reich, gab es Parlamente als Kontrollorgane, die den Herrscher sogar absetzen konnten und auf deren Zustimmung er bei der Steuererhebung angewiesen war.⁸ Doch in weiten Gebieten war staatliche Herrschaft überhaupt nicht etabliert, etwa in „segmentären“ Gesellschaften, die im Falle von Tiv, Nuer und Somali Hunderttausende oder Millionen Menschen umfassten, aber

7 Die folgenden Überlegungen beziehen sich vorwiegend auf Afrika, zumal die Mehrzahl der AutorInnen ihre Beispiele von dort entnimmt.

8 Vgl. Wilks 1975; zur Variationsbreite der Herrschaftsstrukturen im vorkolonialen Afrika vgl. z.B. Hauck 2001: 51-108.

auch in nicht-segmentären, wo keine die Dorfebene überschreitenden Herrscherämter institutionalisiert waren, man denke an die Millionen zählenden Ethnien Igbo, Kikuyu und Baule. In den gesellschaftlichen „Traditionen“ der für das Bild vom neopatrimonialen Herrscher scheinbar so typischen Herren Houphouet-Boigny (Baule) und Kenyatta (Kikuyu) gab es den patrimonialen Oberhäuptling als Anknüpfungspunkt gar nicht. Der historischen Analyse hält das Bild von „der“ traditionellen – patrimonial organisierten – Gesellschaft Afrikas schlicht nicht stand. Andererseits kommt der *Paramount Chief* sehr wohl vor – als Konstrukt des kolonialen Staates in britischen Kolonien, wo der oberste Repräsentant der Krone diese Position einnahm – in der völlig unbegründeten Annahme, AfrikanerInnen bräuchten solch eine Vaterfigur (vgl. Schmidt 1996: 146; Köbler 2005: 37f).

Durch diese Fixierung auf Einpersonenherrschaft, den einen „allmächtigen“ (Tetzlaff 2003: 484) Herrscher an der Spitze, werden andere, nicht minder problematische Ausprägungen von Herrschaft vernachlässigt. Einpersonenherrschaft, verkörpert insbesondere in den charismatischen Führern der antikolonialen Befreiungsbewegungen, von Nkrumah, Kenyatta, Nyerere, Kaunda oder Houphouet-Boigny bis hin zu Mugabe und Nujoma, ist im nachkolonialen Afrika fraglos weit verbreitet. Aber sie ist keineswegs für alle Staaten des Kontinents charakteristisch. In Nigeria, dem volkreichsten afrikanischen Staat, gab es sie (mit der „halben“ Ausnahme der Abacha-Diktatur 1994-1998) niemals. Die Konkurrenz der großen Ethnien Hausa, Yoruba und Igbo führte jederzeit dazu, dass, wer auch immer regierte, ob Militär oder Zivilist, nahezu gleichstarke Gegenspieler hatte und auf Bündnisse und Kompromisse angewiesen blieb. Von „Allmacht“ kann hier keine Rede sein. Dass Macht als zentrales Instrument der Bereicherung und Reichtum als wichtigstes Mittel der Machterhaltung dient – wie die (Neo-)Patrimonialismus-TheoretikerInnen immer wieder betonen – lässt sich für Nigeria mit mindestens ebenso viel Recht behaupten wie für jedes beliebige andere afrikanische Land (vgl. Hauck 2001). Zudem bezeichnet Einpersonenherrschaft eine große Bandbreite von Regimen. Zwischen Julius Nyerere und Idi Amin liegen Welten.

Der (Neo-)Patrimonialismus-Ansatz geht einher mit einer Rückführung aller Erscheinungsformen staatlicher Herrschaft auf innergesellschaftliche und binnennationale Zusammenhänge. Das beruht auf methodologischem Nationalismus und einer veralteten Modernisierungstheorie – in Zeiten allseits beforschter Globalisierung und weltweit entgrenzter Märkte, entgrenzter politischer und militärischer Interventionen und zivilgesellschaftlicher Vernetzung ein Anachronismus. Diese Internalisierung geht Hand in Hand mit eurozentrischen Zuschreibungen auf die *Anderen*, wie Wai argumentiert.

„In der Tat sind sich die VerfechterInnen der These vom Staatsversagen mehr oder weniger einig, dass es sich um das Ergebnis einer inhärenten politischen, ökonomischen, kulturellen und/oder sozialen Pathologie, Malaise oder Dysfunktion handele, das im Inneren dieser Gesellschaften entsteht ... Diesen gewaltsamen und objektivierenden Narrativen liegt die ... Annahme zugrunde, die 'Entwicklung' oder der 'Fortschritt' dieser Staaten und Gesellschaften ... könne nur durch die historisch dynamische externe Intervention des Westens in Gang gesetzt und vorangetrieben werden“ (Wai 2012: 40).

Der (Neo-)Patrimonialismus-Ansatz verwechselt im vermeintlichen Rückgriff auf Weber Herrschaftsformen mit der Grundlage von Herrschaftslegitimität. Er verengt so die Wahrnehmung sozialer und politischer Zusammenhänge in eurozentrischer Weise, internalisiert nach der Weisheit des methodologischen Nationalismus transnationale Herrschaftszusammenhänge und verfällt einem analytischen Zirkelschluss. Herrschaft, Legitimität, Produktionsweise sind brauchbare Leitbegriffe, da sie universale Aspekte gesellschaftlicher Organisation ansprechen – da müssen wir Weber (und Marx) gegen Eurozentrismus-Vorwürfe in Schutz nehmen. Wer aber eine vorgebliche historische Form a priori als analytisches Paradigma und als Bewertungsmaßstab ausgibt, der hat eigentlich schon verloren, denn dann erscheint alles nur noch durch die kategoriale Brille des „(Neo-)Patrimonialismus“. Empirische Beobachtungen werden zu einem theoretischen Überbau hypostasiert, der die Zusammenhänge erklären soll, die durch die Brille des (Neo-)Patrimonialismus überhaupt erst zu besonderen Patrimonialismus-Problemen zugeschnitten wurden (vgl. Wai 2012: 32). Im Ergebnis monolithisiert die eurozentrische Konzeption auf der Grundlage eines Kategorienfehlers die Analyse in beide Richtungen: Das *Andere* wird genauso vereinheitlicht und über einen Kamm geschoren wie das spiegelbildliche Eigene. Eine Überwindung des Eurozentrismus kann nur gelingen, wenn die epistemologische Struktur, die Begriffe und Abstraktionen verändert und de- bzw. transnational rekonstruiert werden.

Exkurs: Die lateinamerikanische Staatsdebatte

Im Gegensatz zu der auf Afrika bezogenen Debatte konnte das (Neo-)Patrimonialismus-Konzept in Lateinamerika bisher kaum Fuß fassen. Dennoch sind einige der zuvor kritisierten Elemente auch in der lateinamerikanischen Staats- und Modernisierungsdebatte anzutreffen, man denke an binäre Gegenüberstellungen von „modern“ und „traditionell“ und Vorstellungen, dass klientelistische Praktiken im „anomischen“ Staat die Herausbildung

rationaler Herrschaftsmechanismen (vgl. Waldmann 2002) und/oder den Erfolg kapitalistischer Entwicklung nachhaltig behinderten.⁹

Die geringe Verbreitung des (Neo-)Patrimonialismus-Konzeptes in der lateinamerikanischen Debatte erklärt sich aus den Spezifika der lateinamerikanischen Staatsbildungsprozesse wie auch aus den Dynamiken der sie begleitenden regionalen Staatsdebatte und -theorie. Da die meisten Staaten Lateinamerikas (mit Ausnahme der Karibik) bereits im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts unabhängig wurden, fiel der Prozess der nachkolonialen Nationalstaatsbildung in andere internationale Kontexte und folgte einer anderen Logik als in Asien und Afrika. Zudem waren zu diesem Zeitpunkt die vorkolonialen Herrschaftsstrukturen in sehr viel stärkerem Maße geschwächt, vorkoloniale Reiche sehr viel gründlicher zerschlagen als in weiten Teilen des afrikanischen Kontinents. In Lateinamerika waren nachkoloniale nationalstaatliche Verwaltungsstrukturen bereits etabliert, bevor im Großteil Afrikas die koloniale Eroberung überhaupt in Gang kam. Von einer Politik der „indirect rule“, die in der Sicht von Mahmood Mamdani (1996) in der Praxis nicht nur die britische, sondern alle europäischen Kolonialpolitiken in Afrika bestimmte und in der nachkolonialen afrikanischen Politik gewaltige Spuren hinterließ, waren die mittel- und südamerikanischen Staaten in weit geringerem Maße betroffen, einschließlich ihrer ideologischen Konstrukte wie des *Paramount-Chief*¹⁰. Entsprechend spielten diese auch in der Staatsforschung zu Lateinamerika eine weit geringere Rolle als in der Afrikaforschung. Hinzu kommt, dass die staatstheoretische Debatte in Lateinamerika auch in höherem Maße als in anderen Regionen von regionalen *think tanks* wie etwa der FLACSO (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales), dem CLACSO (Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales) und der CEPAL (Comisión Económica para América Latina) bestimmt wurden. Dies gilt insbesondere für die Debatten um die Herausbildung von Entwicklungsstaaten im *Cono Sur* im Kontext der Politik der importsubstituierenden Industrialisierung. Diese Prozesse, die mit einer aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik und korporatistischen Formen der Einbindung der Mittel- und Unterschichten verbunden waren, waren Gegenstand einer regen regionalen sozialwissenschaftlichen Debatte, die – geprägt von der Dependenz-Debatte (vgl. Cardoso & Faletto 1976; Frank 1974) – (neo-)patrimoniale Formen der Herrschaftskontrolle nicht als „vormodern“ oder „traditional“ etikettierte,

9 Vgl. auch Haber 2001 zum „crony capitalism“ sowie Pritzl 1997 zum *rent seeking*. Zur (Neo-)Patrimonialismusdebatte in Lateinamerika s. Bechle 2010, der jedoch übersieht, dass die staatstheoretischen Debatten zu Lateinamerika, auch wenn sie unter anderen „labels“ geführt wurden, mit ähnlichen eurozentrischen Engführungen einhergehen.

10 Gewisse Ähnlichkeiten mit den Debatten um *caudillos* und *caciques* lassen sich allerdings nicht abstreiten.

sondern als Teil des Modernisierungsprozesses und Folge abhängiger kapitalistischer Entwicklung interpretierte.

Wegweisend für die lateinamerikanische Staatsdebatte war Guillermo O'Donnells Konzept des bürokratischen Autoritarismus. Die abhängige Integration der Wirtschaft in die Weltmärkte als Rohstoffexporteur und die spezifische Form des abhängigen Kapitalismus erfordern demnach einen starken Staat, der einerseits die Verhandlungskapazität über die internationalen Finanzströme und andererseits mittels Repression und korporatistischer Einbindung die Kontrolle über die Zivilgesellschaft zu behalten vermag. Der Staat erscheint daher als Instanz, die „öffentliche Arbeiten, Fiskaldisziplin und die eigene bürokratische *Rationalisierung*“ ins Werk setzt (O'Donnell 1978: 15, Herv. d. A.). Heute boomt die Debatte über die Rückkehr des „Entwicklungsstaates“ (vgl. Riesco 2007; sowie Ebenau u.a. 2013), und die negative Bilanz des Staatsabbaus in den neoliberalen Dekaden lässt die Phase der staatsgeleiteten Industrialisierung in positivem Licht erscheinen. Dabei werden die negativen Auswirkungen klientelistischer oder korporatistischer Herrschaftspraktiken auf politische Partizipation und des *rent-seeking* für kapitalistische Entwicklung in der lateinamerikanischen Staatsdebatte keineswegs unterschlagen. Nur werden sie eben nicht grundsätzlich, wie in der (Neo-)Patrimonialismus-Debatte, als traditionell dargestellt oder als prinzipielles Hemmnis für die Entwicklung kapitalistischer Produktions- und Gesellschaftsformen. Weiter wurde Herrschaftsanalyse hier nicht auf den nationalstaatlichen Container beschränkt betrieben, sondern auf die Konstitution nationaler Herrschaftsmechanismen im Wechselspiel mit internationalen Einflussfaktoren (Formen der abhängigen Weltmarktseinbindung) und transnationalen Eliten bzw. Klassen bezogen. Ähnlich differenziert gestaltet sich übrigens auch die Debatte um den Zusammenhang zwischen populistischer Herrschaft und kapitalistischer Entwicklung in der Region (zum Populismus statt vieler vgl. Panizza 2005).

Vorannahmen des (Neo-)Patrimonialismus auf dem Prüfstand

Einige neuere Arbeiten geben das (Neo-)Patrimonialismus-Konzept zwar nicht auf, bestreiten jedoch auf der Grundlage empirischer Studien, dass (Neo-)Patrimonialismus per se antidemokratisch oder irrational sei und kapitalistischer Entwicklung entgegenstehe. So sehen Pitcher u.a. (2009), in ausdrücklicher Wendung gegen Gero Erdmann und Ulf Engel (2007), im Falle Botswanas die patrimoniale Herrschaftsstruktur geradezu als Voraussetzung für die Schaffung demokratischer Institutionen und kapitalistischer

Entwicklung an. Dabei handele es sich um die Verbindung der auf Verwandtschaft und Vieh-Klientelismus beruhenden lokalen Herrschaftssysteme, der (in der kolonialen Sprachregelung) „chieftaincies“ mit der „beefocracy“, den Besitzern riesiger Viehherden. Beide zusammen wurden zum Kern der neuen politischen Eliten. Die Legitimität der Herrschaft des Häuptlings (*kgosi*) beruht auf konsens-basierten Verfahren unter Ausschluss der Frauen und allgemeiner Ressourcen-Teilhabe der Bevölkerung (vgl. Pitcher u.a. 2009: 146). Durch eine Orientierung an kapitalismusförderlichen Politiken und auf der Basis ihrer stabilen lokalen Herrschaft (und Legitimität) sei es dieser Elite nach der Unabhängigkeit gelungen, den Ressourcensegen der in Botswana entdeckten Diamanten nicht zum Fluch werden zu lassen und eine liberale Demokratie aufzubauen, die freie Meinungsäußerung nicht sanktioniere. Die *Botswana Democratic Party* etablierte so eine patrimonial gefärbte effektive Einparteienherrschaft, die seit der Unabhängigkeit fortwährend in demokratischen Mehr-Parteien-Wahlen bestätigt wurde.¹¹ Für Pitcher u.a. zeigt dies, dass (Neo-)Patrimonialismus als Legitimitätsform nicht mit irgendeiner Regimeform korreliere; per se sei er demnach weder undemokratisch noch unvereinbar mit Kapitalismus.

Kate Baldwin argumentiert auf Grundlage empirischer Forschung in Sambia ähnlich: Es sei ausgesprochen rational, wenn ländliche Bevölkerungen ihr politisches Stimmverhalten an ihren jeweiligen „customary rulers“ orientieren. Während die vorherrschende politikwissenschaftliche Meinung hier (neo-)patrimoniale Unterdrückung oder Zwang postuliere, zeigten ihre Daten, dass „WählerInnen, die KandidatInnen wählten, die von ihren lokalen Patronen bevorzugt wurden, durchaus komplexe politische Schlüsse ziehen können“ (Baldwin 2013: 14). Denn durch die stärkere Vernetzung zwischen PolitikerInnen und lokalen Patronen seien Erstere besser in der Lage, ihre Ämter zugunsten der lokalen Bevölkerung auszuüben. Wenn aber die Entscheidung, mit so genannten traditionellen Herrschern gemeinsam abzustimmen, rational getroffen wird, dann sei sie auch demokratisch.¹²

Ebenfalls am Beispiel Sambias zeigt Christian von Soest (2007) die Grenzen einer rein formalen institutionellen Reform auf. Entwicklungshilfe-Geber trieben hier in den 1990er Jahren vor allem durch die Einrichtung einer unabhängigen *Zambia Revenue Authority* (1994) die Professionalisierung der Steuerbehörden voran. Dies hat letztlich an dem vorherrschenden Usus, Ressourcen

11 Ohne Bezug auf das Patrimonialismus-Konzept kommt Ønulf Gulbrandsen (2012) zu deutlich kritischeren Ergebnissen; noch wesentlich skeptischer Kenneth Good (2008).

12 Andernfalls wären Protestwahlen, Stimmungswahlen, jahrzehntelange Parteibindungen und am eigenen zukünftigen Steueraufkommen ausgerichtete Stimmabgaben in Berlin oder Oberbayern auch nicht demokratisch.

zu verteilen und mit administrativ-politischer Macht gegen Kontrahenten vorzugehen, nichts geändert. Vielmehr wurde das neue Arrangement nach und nach in diese Struktur eingefügt. Es wurden sogar neue Ressourcen generiert, die entlang von Patronage-Kanälen verteilt werden können. Damit kritisiert Soest aber nicht die (Neo-)Patrimonialismus-These insgesamt, sondern nur die Hypothese, dass (Neo-)Patrimonialismus die (effektive und effiziente) Erhebung von Steuern beeinträchtigt. Umgekehrt seien aber auch verbesserte Steuererhebungen nicht vor einem (neo-)patrimonialen (und damit für Soest: korrupten) Zugriff sicher. Die ausgesprochen ineffiziente Besteuerung von Bodenschätzen und informeller Wirtschaft spricht Soest zwar kritisch an, jedoch protegiere nach seiner Auffassung die (neo-)patrimoniale Herrschaft den informellen Sektor, da sie dort ohne Kontrolle ihre korrupt-klientelistische Umverteilung betreiben könne. Die Erwähnung der mangelhaften Besteuerung von Bodenschätzen lagert Soest in eine Fußnote aus, obwohl sich hier die (durchaus personen-gebundenen, evtl. korrupten) Verbindungen zwischen multinationalen Unternehmen und Besteuerungsregimen offenbaren könnten. Das passt aber nicht ins Bild des (Neo-)Patrimonialismus, das die kapitalistischen Akteure (hier die Unternehmen) a priori als rational und formalisiert konstituiert. Unterm Strich bleibt der von Soest beklagte Mangel an operationalisierten Indikatoren der (Neo-)Patrimonialismus-Forschung bestehen; die Fragestellung hat von vornherein die mögliche Reichweite der Untersuchung soweit begrenzt, dass sie keine situationsadäquate Schlussfolgerung erlaubt.

In scharfem Kontrast zum allgemeinen Tenor erscheint (Neo-)Patrimonialismus in der Debatte um einen „neopatrimonial developmentalism“ gerade als potenziell vorteilhafte Voraussetzung für erfolgreiche kapitalistische Entwicklung. Tim Kelsall vom *Africa Power and Politics Programme* (APPP) sieht dafür zwei Bedingungen „Erstens muss ein Bündel von Politiken verfolgt werden, die insgesamt den Markt begünstigen; und zweitens muss es ein Institutionen-System geben, das langfristig ökonomische Renten zentralisiert und verteilt“ (Kelsall 2011: 76). Aus empirischen Studien des APPP zu Malawi, zur Elfenbeinküste, zu Kenia, Ruanda und weiteren Ländern leitet Kelsall vier idealtypische Rentier-Systeme entlang zweier Achsen her. Die eine Achse zeigt an, ob der Zugriff auf Renten zentralisiert oder dezentral ist, die andere, ob der den politischen Entscheidungen zugrunde liegende Zeithorizont des Staatsoberhauptes kurz- oder langfristig orientiert ist. Die Einordnung erfolgt dann für jede Amtszeit des Staatsoberhauptes einzeln, woraus die Forschungsgruppe dann vergleichende (selbst bei denselben Herrschern wechselnde) Klassifikationen und eine Typologie erstellt hat. In dieser steht der erste Typus des „free for all“ für geringe Zentralisierung des Rentenzugriffs und kurzfristige Politikorientierung. Hier hat die Regierung den Rentenzugriff

nicht unter Kontrolle und nimmt keinen Einfluss auf langfristige Weichenstellungen. Daher versinke das Land in Korruption, während alle versuchen, ihre eigenen Pfründen ins Trockene zu bringen. Beispiele seien die erste und zweite Republik Nigerias, die erste Republik im Kongo sowie Sierra Leone unter Albert Margai. Im zweiten Typus, der „nicht entwicklungsorientierten Kleptokratie“ bediene sich die herrschende Clique bei den Renten alleine, etwa in Mobutus Zaire und Abachas Nigeria. Für den dritten Typus eines langfristigen Politikhorizontes bei nicht monopolisiertem Zugriff auf Renten, benannt als die „Niederlage im Kampf gegen die Korruption“, nennt Kelsall als einziges Beispiel die erste Amtsperiode des tansanischen Präsidenten Ben Mkapa (1995-2000). Im Fall des vierten Typus, „Renten-Nutzung mit Entwicklungszielen“ bei zentralisiertem Rentenzugriff und langfristigem Politikhorizont, könnten trotz intransparenter Ressourcenverteilung entlang (neo-)patrimonialer Kanäle erfolgreiche kapitalistische Entwicklung mit überdurchschnittlichen BSP-Wachstumsraten erzielt werden. Aus einem Teufelskreislauf werde ein „*circulus virtuosus* des entwicklungsorientierten Renten-Managements“. Beispiele seien Botswana unter Seretse Khama, Kenia in den beiden ersten Amtsperioden Kenyattas (1965-1975), die Elfenbeinküste während der ersten anderthalb Jahrzehnte unter Houphouët-Boigny (1960-1975), Malawi in der ersten Hälfte der Präsidentschaft von Hastings Kamuzu Banda (1961-1978) und Ruanda unter Paul Kagame (seit 2000). Alle diese Phasen zeigen signifikant höhere Wirtschaftswachstumsraten als andere Phasen derselben Länder.

Auch dieses Modell hat gewichtige konzeptionelle Defizite und argumentiert in wesentlichen Punkten eurozentrisch. Warum besteht der Teufelskreis – abgesehen vom „generalisierten Klientelismus“ – aus fast denselben Bestandteilen wie der *circulus virtuosus*? Dass zentralisierte Politik mit langfristigen Zielen sich selbst positiv verstärkt, während dezentralisierte Politik ohne solche Ziele sich selbst blockiert und fragmentiert, scheint intuitiv einleuchtend und überhaupt nicht auf vermeintlich (neo-)patrimoniale afrikanische Länder beschränkt zu sein. Dass leuchtende Vorbilder wie Kenyatta, Houphouët-Boigny oder Banda selbst später in andere Typen wechselten und die erzielten Entwicklungserfolge wieder zunichtemachten, sieht Kelsall als Beleg für das Erfordernis erfolgreicher Kontrolle bzw. Begrenzung. Damit verlässt er wieder den als (neo-)patrimonial definierten Rahmen und lässt das (neo-)patrimoniale Entwicklungsmodell als Baustelle zurück.

„Patrimonialer Kapitalismus“

Die Annahme einer Vereinbarkeit von (Neo-)Patrimonialismus und Kapitalismus liegt auch neueren Arbeiten zum „patrimonialen Kapitalismus“

zugrunde, die im Rahmen der erweiterten Debatte um die „Spielarten des Kapitalismus“ (VoC) entstanden. Diese Debatte verbindet die Analyse von politischer Herrschaft mit der von kapitalistischer Entwicklung und überwindet damit ein Grunddefizit der (Neo-)Patrimonialismus-Ansätze. Arbeiten im Anschluss an diesen Ansatz (vgl. Nölke 2013; Bruff u.a. 2013) bestreiten die Möglichkeit eines „patrimonialen Kapitalismus“ als eines aussichtsreichen Entwicklungsmodells nicht grundsätzlich, übernehmen aber häufig eurozentrische Zuschreibungen. Sparte die VoC-Forschung im engeren Sinne allgemeine Fragen politischer Herrschaft aus, so will die erweiterte VoC-Debatte den engen OECD-Fokus der VoC-Studien überwinden und den Ansatz im Sinne vergleichender Kapitalismusforschung für Nicht-OECD-Länder fruchtbar machen (vgl. Robinson 2011; Becker 2012; Buhr & Frankenberger i.E.).

Am ausführlichsten befasst sich im erweiterten VoC-Spektrum Neil Robinson mit dem Begriff. Unter Bezug auf Russland erblickt er im „patrimonialen Kapitalismus“ eine Synthese zwischen bereits vorhandenen (neo-)patrimonialen Herrschaftsstrukturen und (von außen aufgenötigten) Reformen hin zur Marktwirtschaft. Es seien fünf Merkmale ausschlaggebend: 1) Informelle Regeln arbeiten gegen formale Regeln, 2) wirtschaftliche Macht beruht auf den von Eliten kontrollierten Sektoren, 3) Transaktionskosten sind hoch, da Rechtssicherheit nicht vom Staat (wirksam) garantiert wird und ihre Erzeugung Zusatzkosten verursacht, 4) Reformen sind elitenabhängig und nur durchsetzbar, wenn sie die Interessen der Eliten bedienen, und 5) politische Herrschaft unterliegt keinen demokratischen Kontrollen (Robinson 2011: 437f).

Zwar hat Robinson kapitalistische Entwicklung nicht internalisiert, sondern im Wechselspiel mit externen Einflüssen und Abhängigkeiten analysiert und so den methodologischen Nationalismus überwunden; dennoch übernimmt er aus der (Neo-)Patrimonialismus-Debatte die verfehlt Lesart Webers und damit die binäre Gegenüberstellung „traditioneller“ und „moderner“ politischer und wirtschaftlicher Strukturen sowie die Annahme, ein (Neo-)Patrimonialismus sei grundsätzlich entwicklungshemmend.

In ähnlicher Weise spricht Schlumberger (2008) von „patrimonialem Kapitalismus“ in arabischen Ländern und macht in ihm den Grund dafür aus, dass „zwei Jahrzehnte struktureller Reform keinen Entwicklungsschub hervorgerufen haben“ (ebd.: 633). Es sei ein nicht wettbewerbsbasiertes System entstanden, das zwar kapitalistisch, aber von persönlichen Zugriffen, politischer Kontrolle und fehlender Rechtsstaatlichkeit gekennzeichnet sei. Vorherrschend seien „Austauschsituationen ohne einen funktionierenden Marktmechanismus, und die Regulationsfähigkeit des Staates dient dazu,

einen Zustand überlappender und widersprüchlicher formaler Gesetzgebung aufrechtzuerhalten, die weiter durch Entscheidungsfindung auf Grundlage informaler Kriterien verkompliziert wird“ (ebd.: 637). Die Kennzeichen dieses „patrimonialen Kapitalismus“ sind für Schlumberger, der sich dabei ausdrücklich vom VoC-Ansatz abgrenzt, miteinander in Konflikt stehende informelle und formelle Regeln bei im Gegensatz zum Westen dominierenden informellen Arrangements, fehlende allgemeine Rechtsstaatlichkeit, fehlende effektive Wettbewerbspolitiken, soziale statt juristische Absicherung von Eigentum, Timing von Reformen entsprechend autoritären, nicht ökonomischen Interessen, höhere Transaktionskosten, fehlendes demokratisches politisches Umfeld und eine insgesamt durch Makro-Herrschaftsstrukturen charakterisierte Wirtschaft (ebd.: 633-636). Dieses rein deduktiv entwickelte Modell (unter Hinzunahme seitenweise aufgehäufter anekdotischer Evidenz) kommt zu einer klaren Schlussfolgerung: Eigentlich benötige der Kapitalismus ein liberales politisches System und patrimoniale Wirtschaftsordnungen seien im Grunde dysfunktional, indem sie insbesondere „Wohlfahrtseffekte der Marktwirtschaft“ (ebd.: 633) verstellten.

Differenzierter argumentieren hingegen Daniel Buhr und Rolf Frankenberger (i.E.). Auf der Grundlage einer 96 Staaten umfassenden Cluster-Analyse unterscheiden sie zwischen patrimonialen und bürokratischen Formen eines staatszentrierten, inkorporierten Kapitalismus im globalen Süden. Differenzierende Merkmale sind Kooptationsstrategien, Handlungsorientierungen, institutionelle Komplementaritäten und Umverteilungsmechanismen. Die Studie versucht ausdrücklich, auf die Kritik an den blinden Flecken der frühen VoC-Debatte einzugehen und Faktoren wie politisch-institutionelle Rahmenbedingungen einzubeziehen. Sie wirft eine Reihe für die vergleichende Kapitalismusforschung wesentliche Fragen auf: Welche Rolle spielen (neo-)koloniale Formen der Weltmarktintegration durch den Export von Rohstoffen für kapitalistische Organisationsformen? Wie funktionieren und erklären sich unterschiedliche Typen von Rentierstaaten? Gibt es spezifische regionale Verlaufsmuster kapitalistischer Entwicklung? Welche Rolle spielen wohlfahrtsstaatliche Herrschaftsmechanismen bei der Herausbildung unterschiedlicher Formen kapitalistischer Produktions- und Vergesellschaftungsformen? Zur Beantwortung dieser Fragen wäre es notwendig, einerseits die oben identifizierten methodologischen Engführungen zu vermeiden und andererseits den Dialog über die einzelnen Forschungsansätze hinaus zu intensivieren.¹³

13 Einen ersten Versuch der Bestandsaufnahme unternehmen Bruff u.a. (2013), allerdings handelt es sich eher um eine Gegenüberstellung einzelner Ansätze der vergleichenden Kapitalismusforschung denn um einen Dialog zwischen den verschiedenen Forschungssträngen.

Auch die neueren Versuche, einen „patrimonialen Kapitalismus“ zu bestimmen, bleiben einer „Diskont-Version von Max Weber“ (Gerstenberger 2009: 105) sowie einer binären Gegenüberstellung von „traditional“ und „modern“ verhaftet. Vor allem verschleiern sie die grundlegenden Machtstrukturen. Dies gilt insbesondere für ökonomische Macht und die damit unweigerlich angesprochene Verklammerung der nationalen politischen und ökonomischen Verhältnisse mit dem Weltmarkt und den durch ihn vermittelten internationalen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen. Diese bleiben im Konzept des „patrimonialen Kapitalismus“ gegenüber dem (personal zurechenbaren) Handeln der Herrscher und ihrer Stäbe letztlich unterbelichtet. Zudem fehlt eine vergleichende realistische Perspektive auf die OECD-Länder. So lässt sich fragen: Was läuft in Wirtschaftszusammenhängen des „Westens“ nicht auch über persönliche Beziehungen, sondern folgt nur universellen, formalen Regeln? Shell, General Motors, Google, Coppenrath und Wiese sind keine von Robotern gelenkte Bürokratien. Sie sind vielmehr Organisationsprozessen unterworfen, in denen aus interpersonellen Kommunikationen Entscheidungen und Strukturen entstehen oder reproduziert werden. Ähnliches gilt für Rekrutierungsprozesse in kapitalistischen Unternehmen, wenn der Onkel, „wo auch schon dort schafft“, ein gutes Wort für den Neffen einlegt. Die Annahme, kapitalistische Wirtschaft folge in der Realität stets allein universellen Regeln ist eine Chimäre. Das zeigt sich beim Lohn – Frauen erhalten niedrigere Löhne für gleiche Arbeit – und bei der Preisbildung, etwa bei Kartellabsprachen oder dem Verkauf gleichartiger Produkte (z.B. Waschpulver), deren Preisdifferentiale unterschiedliche Zielgruppen ansprechen sollen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir abschließend unsere kategoriale Kritik in drei Thesen zusammenfassen.

Zum Elend des (Neo-)Patrimonialismus: drei Thesen

Neben den immanenten Problemen auch von differenzierten (Neo-) Patrimonialismus-Konzepten bleiben die oben bezeichneten irreparablen methodologischen Fehlleistungen unter unzulässigem Rückgriff auf Weber bestehen. Es bleibt fraglich, ob angesichts der Erblasten des Konzeptes die Verwendung des (Neo-)Patrimonialismus-Begriffs als Leitfaden oder Forschungsparadigma vielversprechend ist.¹⁴ Aus unserer Sicht sprechen drei Dinge dagegen:

¹⁴ So argumentiert etwa Karsten Bechle (2010), der die untergeordnete Rolle des (Neo-) Patrimonialismus-Konzeptes in der lateinamerikanischen Staatsdebatte sogar als Defizit beklagt.

Das (Neo-)Patrimonialismus-Konzept leidet *erstens* unter einem inhärenten Eurozentrismus. Es misst mit zweierlei Maß, da es (neo-)patrimoniale Strukturen in Ländern des „Westens“ und den Einfluss patrimonialer Herrschaft auf die Entstehung des Kapitalismus und der *modernen* Staaten – wie sie etwa von Thomas Ertman (1997) herausgearbeitet wurden – schlichtweg ausblendet. Es postuliert einen Dualismus aus rationaler Herrschaft hier und (neo-)patrimonialer Herrschaft dort. Dies wird damit gerechtfertigt, dass die Analyse auf der von Max Weber ausgeführten Herrschaftstypologie aufbaue, ohne dass deren idealtypischer Charakter berücksichtigt und ihre Anwendbarkeit in den jeweiligen historisch-geographischen Kontexten überprüft wird.

Theoriearbeit wird in den genannten Arbeiten *zweitens* auf den Kopf gestellt. Aus einer mitunter bedeutsamen abhängigen Variable („Warum laufen bürokratische Prozesse in Fall *a* entlang persönlicher Herrschaftsbeziehungen und im Fall *b* nicht?“) wird ein unabhängiger Faktor, aus dem zu Erklärenden das Erklärende. Inwieweit und mittels welcher Mechanismen patrimoniale Strukturen kapitalistische Entwicklung und demokratische Partizipation verhindern, ist jedoch eine empirisch offene Frage. Neuere Arbeiten im Kontext der VoC-Forschung zeichnen sich zwar durch offene Vorgehensweisen aus, leiden aber nach wie vor an eurozentrischen Grundannahmen.

Drittens ignorieren alle zitierten Arbeiten zum (Neo-)Patrimonialismus Machtstrukturen im Feld der Ökonomie. Die Produktionsverhältnisse und die Formen ökonomischer Ungleichheit sowohl auf nationaler wie die Nationalstaaten übergreifender Ebene werden durch die (neo-)patrimoniale Brille interpretiert. Die regionalen und globalen Wege der Durchsetzung des Kapitalismus bleiben gegenüber einem unhinterfragten Entwicklungsmodell ausgeblendet. So gelten Besonderheiten des Wirtschaftens als Auswüchse des (Neo-)Patrimonialismus und nicht als historische Formen von nationalen und transnationalen Kapital- und Herrschaftsbeziehungen. Selbst dort, wo das Bild vom (neo-)patrimonialen Herrscher einigermaßen schlüssig erscheint, steht die Annahme der internen Verursachung in aller Regel auf tönernen Füßen. Dass Mobutu Sese Seko, der jahrzehntelang als treuer Verbündeter des „Westens“ Zaire, die heutige DRC, beherrscht hat, Milliarden Dollars auf Schweizer Konten zusammenraffen konnte, hat mindestens so viel mit den Profitinteressen der internationalen Bergbau- und Diamantenschürfkonzerne und der – von diesen nicht ganz unabhängigen – Afrikapolitik Frankreichs, Belgiens und oder der USA zu tun wie mit der vertrauten Idee vom „neopatrimonialen Paramount-Chief“. Die Kontrolle des gesamten im Lande produzierten Surplus nach Art einer Palastwirtschaft scheitert im postkolonialen Afrika allein schon an der Allgegenwart transnationaler

Konzerne, deren Etats die der meisten Staaten des Kontinents bei weitem überschreiten. Ähnliches gilt für die einheimischen Bourgeoisien, die durchaus profitträchtige Nischen gefunden haben. Zu bedenken ist auch, dass Weltmarktgüter des täglichen Bedarfs längst auch das letzte Dorf erobert haben. Auch die alternative Perspektive der hier nur kurz skizzierten lateinamerikanischen Staatsdebatte, mit ihrer Berücksichtigung von abhängiger Weltmarktintegration, (trans-)nationalen Eliten und hieraus resultierenden Herrschaftsformen, kann helfen, die Blindstellen des (Neo-) Patrimonialismus-Ansatzes zu verdeutlichen.

Mit alledem sollen weder Sinn und Notwendigkeit einer differenzierenden, vergleichenden Analyse in Abrede gestellt werden noch das Erfordernis trennscharfer Begriffe – ganz im Gegenteil. Die Erarbeitung dieser Begriffe muss aber durch sorgfältige methodologische Reflexion kontrolliert werden. Dabei sind Einsichten wie die postkoloniale Kritik an Eurozentrismus oder methodologischem Nationalismus ebenso unerlässlich wie die sorgfältige Beachtung des logischen Status klassischer Theoreme und Konzepte. Vor allem aber gilt es bei alledem, die Perspektive eines umfassenden, jedoch lokal und regional vielfach differenzierten gesellschaftlichen Weltzusammenhangs nicht aus den Augen zu verlieren. Der ist zwar nicht so neu, wie viele glauben, aber in den Begriffen vieler noch immer nicht angekommen. Dafür, dass dies sich ändert, ist nicht allein die Anrufung der „Globalisierung“ erforderlich, sondern mindestens ebenso die sorgfältige Aufmerksamkeit für lokal und regional umgrenzte Verhältnisse, in denen sich globale Dynamiken artikulieren.

Literatur

- Baldwin, Kate (2013): „Why Vote with the Chief? Political Connections and Public Goods Provision in Zambia“. In: *American Journal of Political Science* (doi: 10.1111/ajps.12023), S. 1-16.
- Bauman, Zygmunt (2005): *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg (engl. Erstausg. 1991).
- Bechle, Karsten (2010): *Neopatrimonialism in Latin America: Prospects and Promises of a Neglected Concept*. GIGA Working Paper No. 153, November 2010.
- Becker, Uwe (2012): „Measuring Change of Capitalist Varieties: Reflections on Method, Illustrations from the BRICs“. In: *New Political Economy*, DOI:10.1080/13563467.2012.717611.
- Bruff, Ian; Matthias Ebenau; Christian May & Andreas Nölke (Hg.) (2013): *Vergleichende Kapitalismusforschung: Stand, Perspektiven, Kritik*. Münster.
- Boatcă, Manuela, & Willfried Spohn (Hg.) (2010): *Globale, multiple und postkoloniale Modernen*. München.
- Buhr, Daniel, & Rolf Frankenberger (i.E.): „Spielarten des inkorporierten Kapitalismus“. In: Andreas Nölke; Christian May & Simone Claar (Hg.): *Die großen Schwellenländer. Ursachen und Folgen ihres Aufstiegs in der Weltwirtschaft*. Wiesbaden.

- Cardoso, Fernando Henrique, & Enzo Faletto (1976): *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt a.M.
- Chabal, Patrick, & Jean-Pascal Daloz (2004): „How does Africa Works work?“ In: Triulzi & Ercolessi 2004a, S. 113-129.
- Ebenau, Matthias; Facundo Parés & Lucia SuauArinci (2013): „Zurück in die Zukunft? Dependenzperspektiven in der Analyse der Diversität des Gegenwartskapitalismus“. In diesem Heft, S. 220-242.
- Erdmann, Gero (2001): „Neopatrimoniale Herrschaft“. In: *Entwicklung und Zusammenarbeit*, Nr. 10/2001, S. 294-297.
- Erdmann, Gero, & Ulf Engel (2006): *Neopatrimonialism Revisited – Beyond a Catch-All Concept*. GIGA Working Papers, No. 16.
- Erdmann, Gero, & Ulf Engel (2007): „Neopatrimonialism Reconsidered: Critical Review and Elaboration of an Elusive Concept“. In: *Commonwealth & Comparative Politics*, Bd. 45, Nr. 1, S. 95-119.
- Ertman, Thomas (1997): *The Birth of the Leviathan. Building States and Regimes in Medieval and Early Modern Europe*. Cambridge.
- Frank, André Gunder (1974): *El desarrollo del subdesarrollo*. Bilbao.
- Gerstenberger, Heide (2009): „Über Staatsgewalt in der Sub-Sahara und das Elend der Kategorien“. In: Hans-Jürgen Burchardt (Hg.): *Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik*. Frankfurt a.M. & New York, NY, S. 103-135.
- Good, Kenneth (2008): *Diamonds, Dispossession and Democracy in Botswana*. Rochester, NY.
- Gulbrandsen, Ønulf (2012): *The State and the Social. State Formation in Botswana and Its Precolonial and Colonial Genealogies*. New York, NY, & Oxford.
- Haber, Stephen (Hg.) (2001): *Crony Capitalism and Economic Growth in Latin America: Theory and Evidence*. Stanford, CA.
- Hauck, Gerhard (2001): *Gesellschaft und Staat in Afrika*. Frankfurt a.M.
- Hobsbawm, Eric J., & Terence O. Ranger (1983): *The Invention of Tradition*. Cambridge.
- Jacoby, Henry (1969): *Die Bürokratisierung der Welt*. Neuwied & Berlin (W).
- Karadag, Roy (2013): „Für eine historische Soziologie kapitalistischer Spielarten“. In diesem Heft, S. 243-263.
- Kelsall, Tim (2011): „Rethinking the Relationship between Neo-Patrimonialism and Economic Development in Africa“. In: *IDS Bulletin*, Bd. 42, Nr. 2, S. 76-87.
- Kößler, Reinhart (2005): *In Search of Survival and Dignity: Two Traditional Communities in southern Namibia under South African Rule*. Windhoek.
- Kößler, Reinhart (2013): „Kapitalismus und Moderne“. In diesem Heft, S. 149-178.
- Mamdani, Mahmood (1996): *Citizen and Subject*. Princeton, NJ.
- Médard, Jean F. (1990): „L'État Patrimonialisé“. In: *Politique Africaine*, Nr. 39, S. 25-36.
- Mommsen, Wolfgang J. (1959): *Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920*. Tübingen (5. verb. Aufl. 2003).
- Nölke, Andreas (2013): „Peripherie-Stichwort: Spielarten des Kapitalismus“. In diesem Heft, S. 356-359.
- O'Donnell, Guillermo (1978): „Reflections on the Pattern of Change in the Bureaucratic-Authoritarian State“. In: *Latin American Research Review*, Bd. 13, Nr. 1, S. 3-38.
- Panizza, Franciso (Hg.) (2005): *Populism and the Mirror of Democracy*. London.
- Pitcher, Anne; Mary Moran & Michael Johnston (2009): „Rethinking Patrimonialism and Neopatrimonialism in Africa“. In: *African Studies Review*, Bd. 52, Nr. 1, S. 125-156.
- Polanyi, Karl (1979): *Ökonomie und Gesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Pritzl, Rupert (1997): *Korruption und Rent-Seeking in Lateinamerika. Zur Politischen Ökonomie autoritärer politischer Systeme*. Baden-Baden.

- Riesco, Manuel (Hg.) (2007): *Latin America. A New Developmental State Model in the Making?* New York, NY.
- Robinson, Neil (2011): „Russian patrimonial Capitalism and the International Financial Crisis.“ In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Bd. 27, Nr. 3-4, S. 434-455.
- Schiell, Tilman (1999): „Moderner ‘Gartenstaat’ und Menschenrechte. Südostasien zwischen kulturellem Partikularismus und rationalisierendem Universalismus“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 73/74, S. 53-79.
- Schlumberger, Oliver (2008): „Structural Reform, Economic Order, and Development“. In: *Review of International Political Economy*, Bd. 15, Nr. 4, S. 622-649.
- Schmidt, Bettina (1996): *Creating Order: Culture as Politics in 19th and 20th Century South Africa*. Nijmegen (Proefschrift).
- Schwinn, Thomas (Hg.) (2006): *Die Vielfalt und Einheit der Moderne. Kultur- und strukturvergleichende Analysen*. Wiesbaden.
- Soest, Christian von (2007): „How does Neopatrimonialism affect the African State’s Revenues? The Case of Tax Collection in Zambia“. In: *Journal of Modern African Studies*, Bd. 45, Nr. 4, S.621-645.
- Tetzlaff, Rainer (2003): „Good Governance und Neopatrimonialismus in Afrika südlich der Sahara“. In: *Nord-Süd Aktuell*, Nr. 3/2003, S. 478-486.
- Triulzi, Alessandro, & Cristina Ercolessi (Hg.) (2004a): *State, Power and Political Actors in Postcolonial Africa*. Mailand.
- Triulzi, Alessandro, & Cristina Ercolessi (2004b): „Introduction“. In: Triulzi & Ercolessi 2004a, S. ix-xl.
- Wai, Zubairu (2012): „Neo-Patrimonialism and the Discourse of State Failure in Africa“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 39, Nr. 131, S. 27-43.
- Waldmann, Peter (2002): *Der anomische Staat. Über Recht, öffentliche Sicherheit und Alltag in Lateinamerika*. Opladen.
- Weber, Max (1920): „Vorbemerkung“. In: Weber, Max: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Bd. I, Tübingen, S. 1-16.
- Weber, Max (1956): „Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft“. In: Weber, Max: *Soziologie. Weltgeschichtliche Analysen, Politik*. Stuttgart. 151-167.
- Weber, Max (1980): „Politik als Beruf“. In: Weber, Max: *Gesammelte Politische Schriften*. Tübingen, S. 505-560.
- Weber, Max (1982): „Die ‘Objektivität’ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“. In: Weber, Max: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen, S. 146-214.
- Weber, Max (1985): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. 5. Aufl., Tübingen.
- Wilks, Ivor (1975): *Asante in the 19th Century*. London.

Anschriften der Autorin und der Autoren:

Gerhard Hauck
gihauck@t-online.de

Reinhart Kößler
reinhart.koessler@abi.uni-freiburg.de

Daniel Kumitz
dkumitz@gmx.net

Ingrid Wehr
ingrid.wehr@abi.uni-freiburg.de